K01NEU Wir gestalten! Wir stellen den Menschen in den Mittelpunkt!

Antragsteller*innen:
Tagesordnungspunkt: TOP 6 Kommunalwahl 2019

Starke Kommunen brauchen starke GRÜNE

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind angetreten den sozial-ökologischen Wandel zu gestalten. Wir möchten die Stärken der unterschiedlichen Regionen fördern und den Klimaschutz als Chance für eine nachhaltige Regionalentwicklung, die vor allem den Menschen nützt, sehen. Transparenz, mehr Bürgerbeteiligung und eine nachhaltige Politik vor Ort sind für uns maßgebend, um unsere Kommunen zukunftsfähig zu machen. Mit unseren Bürgermeister*innen in Dresden, Leipzig und Chemnitz setzen wir dies bereits um. Aber auch darüber hinaus gestalten unsere kommunalen Mandatsträger*innen in den Regionen das Lebensumfeld vieler Menschen.

GRÜNE Politik heißt auch, die Vielfalt an Pflanzen und Tieren, vielfältige Landschaft, unversiegelte Böden, sauberes Wasser und gesunde Luft für zukünftige Generation zu erhalten und nicht rücksichtslos zu verbrauchen. Unter sozialer Gerechtigkeit verstehen wir, dass jeder Mensch sein Recht auf gesellschaftliche Teilhabe verwirklichen kann. Niemand darf benachteiligt und ins gesellschaftliche Abseits gedrängt werden. Wir wollen eine Kommune für ALLE und stehen für eine moderne, offensive und konsequente Gleichstellungspolitik, die wir als Querschnittsaufgabe, aber auch als eigenständigen politischen Bereich, in allen Politikfeldern ansehen.

Am 26. Mai 2019 finden in Sachsen die Kommunalwahlen statt. Wir GRÜNE stehen für Klima- und Naturschutz, die Energiewende, gute Bildung von Anfang an und starken sozialen Zusammenhalt in unseren Kommunen. Wir wollen eine nachhaltige Finanzpolitik zum Wohle kommender Generationen, regionale Wertschöpfung und eine moderne Verkehrspolitik, die Regionen anbindet und Großstädte umweltfreundlich in Bewegung hält.

Kommunalpolitik ist aber auch immer von landespolitischen Vorgaben abhängig. GRÜNE Politik vor Ort denken wir immer im größeren Zusammenhang und wollen daher auch die Voraussetzungen auf Landesebene schaffen, um unsere sächsischen Kommunen und Landkreise erfolgreich zu gestalten und ihnen dafür das Handwerkszeug bereit stellen.

Die Menschen vor dem Klimawandel schützen

Klimaschutz und Energiewende vor Ort umsetzen

Der Klimawandel betrifft uns in Sachsen massiv. Ob Starkregenereignisse und Überflutungen oder überhitze Städte. Die Menschen in Sachsen leiden schon heute unter den Folgen und diese werden in Zukunft weiter zunehmen. Wir GRÜNEN sind die Vorreiter*innen für aktiven Klimaschutz und eine nachhaltige Energiepolitik. Sachsen verschläft derzeit den Ausbau der Erneuerbaren Energien und setzt immer noch auf die klimaschädliche Kohle. Klimaschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die vor Ort umgesetzt werden muss. Wir wollen in den Kommunen Sachsens lokale Klimaschutzkonzepte entwickeln.

Die Kommunen müssen bei der Planung zur Produktion Erneuerbarer Energien maßgeblich einbezogen und es sollen ihnen die Investitionen dafür erleichtert

werden. Denn die Kommunen sind ein entscheidender Motor bei der erfolgreichen Umsetzung einer dezentralen, bürgernahen Energiewende, wie wir GRÜNEN sie vor Ort machen. Wenn die Kommunen den Klimaschutz als zentrale Aufgabe wahrnehmen, bietet die Energiewende auch gerade im ländlichen Raum große Chancen, Arbeitsplätze zu schaffen und die Wertschöpfung in der Region zu steigern.

Ebenso wichtig wie der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist die Energieeinsparung. Eine bessere Wärmedämmung oder eine moderne Heizungsanlage wie auch der Einsatz von LED-Lampen rechnen sich - ökologisch und finanziell. Öffentliche Gebäude in Sachsen müssen energetisch auf den neusten Stand gebracht und an den Klimawandel angepasst werden. Investitionen in den Kommunen sind wichtig, denn sie schaffen Arbeitsplätze im Handwerk vor Ort und entlasten langfristig die kommunalen Kassen!

Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

1. Regionale Klimaschutzpläne und Klimaschutzkonzepte aufstellen

Die Kommunen wissen selbst am besten, wie sie vor Ort erfolgreichen Klimaschutz betreiben können. Ob Investitionen in die Energiegewinnung oder Energieeinsparung sinnvoller sind, muss in ihrer Entscheidungshoheit bleiben. Grundlage von Klimaschutzplänen ist eine Erhebung aller Energiedaten, sowohl der Erzeugungs-, als auch der Verbrauchsdaten. Erst daraus kann eine erfolgreiche und breit getragene Strategie entwickelt werden. Daraus sollten lokal unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt werden, wie und wo das Klima am effektivsten geschützt werden kann.

2. Energieversorgung dezentral gestalten

Die Energiewende stellt eine große Chance für die Kommunen dar. Wir unterstützen sie dabei, ihre Energieversorgung in die eigene Hand zu nehmen. Eine dezentrale Energieversorgung senkt die Strom- und Wärmekosten für Privathaushalte und Unternehmen vor Ort deutlich. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen daher auch die Neugründung von Stadt- und Gemeindewerken. Auch die weitere Gründung von Energie-Genossenschaften im Land ist uns ein besonderes Anliegen. Sie sind ein wichtiger Bestandteil, die nachhaltige Energiewende nicht nur den Großanbietern zu überlassen und bringen das Land und die Menschen voran.

3. Klimafreundlich bauen

Die Nutzung regenerativer Energieträger soll bei allen Um- und Neubauten von Gebäuden in der Kommune zum Standard werden. Das Baurecht birgt hier erhebliche Potenziale zur langfristigen Umgestaltung der Städte und Gemeinden. Ein kommunales Dachkataster für Photovoltaik- und Solarwärme-Anlagen sowie Solarsatzungen fördern die Energieerzeugung aus der Sonne. Auch der Austausch der Heizanlagen auf Basis fossiler Brennstoffe durch regenerative Energieträger, gekoppelt mit Nahwärmenetzen, muss erheblich beschleunigt werden.

4. Klimatische Bedingungen in den Städten erhalten

Ob Bäume, Grünfassaden oder begrünte Dächer, sie alle helfen, die Überhitzung der Städte in Grenzen zu halten, indem sie Sonnenlicht absorbieren und den Menschen Schatten spenden. Ebenso müssen bei der Ausweisung von Baugebieten Kaltluftentstehungsgebiete und Frischluftschneisen erhalten werden um die Luftqualität in den Städten erträglich zu halten.

Eine intakte Umwelt für die Menschen erhalten

Umweltschutz und Naturschutz stärken

Zur Lebensqualität in Sachsen gehört die nachhaltige Nutzung unserer Lebensgrundlagen. Die Erhaltung naturnaher Landschaften, der Artenschutz, naturgemäße Bewirtschaftung der Wälder, naturbelassene, unbelastete Gewässer, saubere Luft, gesunde Böden und die drastische Senkung des Flächenverbrauchs sind Garanten für die Lebensqualität vor Ort und somit für ein attraktives Wohnumfeld.

In der kommunalen Politik wird über die Flächennutzung entschieden: ressourcenschonendes Bauen, ökologische Baugebiete, Nutzung von Erneuerbaren Energien, Versickerung von Regenwasser, die Renaturierung der Bäche, Innenentwicklung vor Außenentwicklung.

Unsere Ziele sind Dorfkern-Erneuerungen statt tote Ortszentren. Denn diese sind sowohl ökologisch als auch ökonomisch sinnvoll. Die Ausweisung der Gewerbe- und Baugebiete „auf der grünen Wiese“ in Konkurrenz zwischen Städten und Dörfern ist dagegen kontraproduktiv und kommt nicht nur den Kommunen, sondern auch der Natur teuer zu stehen. Dagegen schont Flächenrecycling durch Nachnutzung von Gewerbebrachen den Freiraum und macht unsere Orte lebenswerter.

Viele dieser umwelt- und naturschutzpolitischen Ziele lassen sich gerade auf der kommunalen Ebene sehr gut erreichen.

Unsere Kernprojekte im Umwelt- und Naturschutz:

1. Tempo machen bei der Gewässerökologie und dem Hochwasserschutz

Bäche und Flüsse sind wichtige, lebendige Bestandteile unserer Umwelt. Vielfach sind sie begradigt oder auf andere Weise nachteilig verändert. Wir wollen unsere Gewässer wieder zu lebenswerten Räumen mit einem artenreichen Spektrum an Pflanzen und Tieren entwickeln und gleichzeitig die Ziele der europäischen Wasserrahmenrichtlinie einhalten.

Hochwasser und Starkregen mit bisher ungeahntem Ausmaß können viele Menschen treffen. Hochwasserschutz ist Daseinsvorsorge und eine Gemeinschaftsaufgabe der Kommunen, des Landes und des Bundes. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, den Flüssen und Bächen ausreichend Retentionsräume zur Verfügung zu stellen und dem technischen Hochwasserschutz vorzuziehen.

2. Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung kommunal halten

Das Trinkwasser darf nicht privatisiert werden! Die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sollen in kommunaler Hand bleiben. Der Schutz des Grundwassers, z. B. vor zu hohen Nitratstickstoff-Werten und Pestiziden, ist die Voraussetzung für die Versorgung unserer Bürger*innen mit dem Lebensmittel Nummer 1 – dem Trinkwasser in bester Qualität. Zum Schutz unseres Grundwassers wollen wir einen verbindlichen Rahmen für die Kooperation der Wasserversorger und der Landwirtschaft setzen. Wir sehen ebenso die Abwasserbeseitigung als wichtigen Beitrag zur Daseinsvorsorge auf kommunaler Ebene. Es ist uns ein großes Anliegen, die Phosphor- und Stickstoffeinleitungen aus unseren Kläranlagen weiter zu senken und die Kosten für die Bürger*innen dabei nicht zu erhöhen.

3. Vorfahrt für Natur- und Umweltschutz auf öffentlichen Flächen

Öffentliche Flächen bestimmen unser unmittelbares Lebensumfeld. Wir haben es in der Hand, ob hier Insekten, Vögel, Lurche, Reptilien oder Säugetiere ihren Lebensraum finden. Straßenbegleitgrün und kommunale Freiflächen bieten durch Einsaat von insektenfreundlichen Blühmischungen ideale Bedingungen, z. B. für Hummeln und Wild-Bienen. Bei der Pflege kommunaler Freiflächen haben Gifte nichts zu suchen. Pestizide wie Glyphosat gehören nicht auf unsere Äcker, was auf kommunalen Flächen verhindert werden kann.

4. Flächenverbrauch reduzieren

Tag für Tag geht durch Versiegelung in Sachsen wertvoller Boden verloren. Dies auf ein vernünftiges Maß zu begrenzen ist uns ein wichtiges Anliegen. Sämtliche Maßnahmen zur Nachnutzung von Brachen müssen ausgenutzt und vom Freistaat unterstützt werden. Naturschutzfachliche Ausgleichsflächen dienen dem Ausgleich von Eingriffen in die Natur. Für unsere kommunalen Naturschutzmaßnahmen brauchen wir deshalb die verlässliche Kenntnis aller Flächen in einem verbindlichen Kataster.

5. Baumschutz wieder in den Kommunen verankern

Bäume erfüllen, wichtige und unverzichtbare Funktionen, so z. B. zur Verbesserung der Luftqualität, als Schattenspender und Biotope für eine Vielzahl von Tier- und Pflanzenarten. Sie wirken sich positiv auf das Mikroklima aus und sind orts- und stadtbildprägend. Wenn Fällungen unumgänglich sind, müssen die Bäume bilanziell ersetzt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen wieder Baumschutzsatzungen erlassen können, die diesen Namen verdienen und die Einschränkungen der Landesregierung zurückgenommen werden.

6. Ressourcenschonend wirtschaften

Wir müssen auf allen Ebenen zu einem ressourcenschonenderen Wirtschaften zurückkehren und die Entstehung von Abfällen so weit wie möglich vermeiden.

Dabei bekommen Mehrwegsysteme in den Kommunen eine entscheidende Bedeutung:

alle nicht vermeidbaren Abfälle sind nach dem neuesten Stand der Technik zu verwerten. Wir unterstützen den Ansatz gut geführter Wertstoffhöfe als entsprechende Sammelstellen vor Ort und deren Ausbau.

<u>Selbstbestimmte Mobilität bewegt Menschen</u>

Mobilität und Infrastruktur in Einklang mit Klima und Mensch gestalten

Steigende Benzinpreise, die Verantwortung für den Klimaschutz und der demografische Wandel stellen die Verkehrspolitik vor große Herausforderungen. Es gilt, Mobilität sowohl in der Stadt, als auch im ländlichen Raum umweltgerecht und bezahlbar für alle Menschen zu organisieren. Die Integration der unterschiedlichen Verkehrsträger und die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs stehen dabei im Fokus unserer Bemühungen. Neben dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wollen wir intelligente Verkehrsdienstleistungen etablieren, wie z. B. Fahrradstationen, Anrufsammeltaxis, Carsharing sowie die Schaffung sogenannter "Shared Spaces", in denen alle Verkehrsteilnehmer gleichrangig sind. Dort, wo es in den Kommunen entsprechende Ratsbeschlüsse zur Einführung von Tempo-30-Strecken auch auf

innerörtlichen Landes- und Bundesstraßen gibt, um Lärm und Emissionen zu reduzieren und die Verkehrssicherheit zu erhöhen, unterstützen wir dies. Die Nachfrage nach solchen Modellen ist in den letzten Jahren drastisch gestiegen.

Der Erhalt des vorhandenen und oftmals maroden Landesstraßennetzes muss Vorrang vor Neubaumaßnahmen genießen. Neue Großprojekte im Straßenneubau sind ökonomisch und ökologisch unsinnig und werden auch vom Großteil der Bevölkerung nicht mehr mitgetragen. Wir fordern Investitionen in ein gut ausgebautes und bezahlbares öffentliches Verkehrsangebot. Ein wichtiges Anliegen ist zudem der Schutz vor Verkehrslärm. Wir verschließen uns daher nicht vollständig vor neuen Ortsumfahrungen, wenn kleinere Orte extrem stark von Durchgangsverkehr geplagt sind. In den letzten Jahrzehnten hat der zunehmende Kraftfahrzeug- und Flugverkehr zu einer kaum noch zu ertragenden Lärmbelastung für viele Menschen in Sachsen geführt.

Menschen können aber nicht nur durch ÖPNV, Radwege und Straßen miteinander in Verbindung gesetzt werden. Auch der Ausbau der digitalen Infrastruktur gehört zu den wichtigen Zukunftsthemen unserer Kommunen. Gerade im ländlichen Raum sind schnelle Internetverbindungen ein harter Standortfaktor. Gesellschaftliche Teilhabe, Telearbeit und die Ansiedlung von Unternehmen kann somit in den Kommunen ermöglicht werden.

Unsere Kernprojekte für die Kommunen im Bereich Mobilität:

1. Mobilitäts-Angebote dem Bedarf anpassen

Mobilität ist ein hohes Gut, auf das alle Bürger*innen unabhängig von Wohnort und Alter ein Anrecht haben und bezahlbar sein muss. Hier darf sich das Land nicht aus der Verantwortung stehlen und die Kommunen allein lassen.

Bürger*innen ohne eigenes Auto dürfen nicht von der Außenwelt abgehängt sein. Es müssen neue Bus- und Bahnhaltestellen geschaffen, statt geschlossen werden. Neue, flexible Systeme, wie z. B. Anrufsammeltaxis, Car-Sharing-Angebote und Bürgerbusse können ebenso dazu beitragen, die Versorgung - insbesondere im ländlichen Raum - zu verbessern. Barrierefreiheit muss in allen öffentlichen Verkehrsmitteln gegeben sein. Auch über eine intelligente Verkehrsvermeidung durch Hol- und Bring-Services zu Einkaufsmöglichkeiten sowie Behördengängen lässt sich Verkehr wirksam verringern.

2. Mobilitäts- und Radwegekonzepte erstellen

In einem Mobilitätskonzept werden die Teilbereiche Fußgänger- und Radverkehr sowie ÖPNV- und Kfz-Verkehr in einem ausgewogenen Verhältnis berücksichtigt.

Radwegekonzepte bieten die Chance der systematischen Erfassung des Bestandes, einer Gefahrstellen-Analyse und der Entwicklung eines lückenlosen Netzes.

3. Lärmschutzpläne entwickeln

Lärm stellt eine der größten gesundheitlichen Belastungen in den Industrieländern dar. Lärmschutz hat sich deshalb zu einer wichtigen Aufgabe der Kommunen entwickelt. Er muss daher als Querschnittsaufgabe betrachtet werden. Wir GRÜNEN wollen Lärmschutz daher nicht nur bei der Verkehrsplanung, sondern auch bei der Bauleitplanung und bei Baugenehmigungsverfahren einfordern und kommunal durchsetzen.

Gesundes Essen für die Menschen

Lebensmittel regional erzeugen, fair gehandelte Produkte bevorzugen!

Wir wollen die bäuerliche Landwirtschaft und die Vermarktung von Lebensmitteln aus der Region fördern und lehnen die Produktion von Lebensmitteln in Agrarfabriken und vor allem durch Massentierhaltung ab. Das ist nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern auch ein wichtiger Beitrag zur Stärkung ländlicher Räume durch regionale Wertschöpfung. Kurze Lieferwege, transparente Handelsstrukturen und maximale Frische sind für Verbraucher*innen, Händler*innen und unsere Umwelt gleichermaßen gut. Gerade vor dem Hintergrund der permanenten Lebensmittelskandale zeigen die Ansätze zur regionalen Vermarktung ihre herausragende Bedeutung. Hier wird aus der Region für die Region produziert und das mit hohen Qualitätsstandards. Das Konzept der regionalen Vermarktung zahlt sich für beide Seiten aus, denn die Nähe zu Erzeuger*innen bringt den Verbraucher*innen Sicherheit über die Herkunft und Qualität ihrer Lebensmittel. Gleichzeitig erhalten zum einen die Erzeuger*innen faire Preise sowie mehr Stabilität und zum anderen ist die Unabhängigkeit und Zukunftsperspektive für Betriebe gesichert. Auch in den Städten wollen viele Menschen ihre Lebensmittel wieder selbst anbauen und beteiligen sich an Projekten wie der „Essbaren Stadt". Die Nachfrage nach Bio-Produkten steigt seit Jahren kontinuierlich.

Ebenso wächst das Bewusstsein für die Bedeutung einer artgerechten Tierhaltung und für Produkte aus fairem Handel. Eine übergroße Mehrheit der Verbraucher*innen lehnt zudem gentechnisch veränderte Lebensmittel ab.

Wir setzen uns für eine strukturelle Stärkung der Verbraucherberatung ein. Öffentliche Ausschreibungen für (Schul-)Mensen und Kantinen-Essen wollen wir so gestalten, dass gentechnikfreie, saisonale und regional erzeugte Lebensmittel vorrangig verwendet werden müssen. Alles, was nicht regional erzeugt werden kann, sollte aus fairem Handel stammen.

Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

1. Regionalvermarktungsinitiativen fördern

Wir setzen uns für die Erstellung von regionalen Entwicklungskonzepten ein. Die kommunalen Verwaltungen können regionale Vermarktungsinitiativen durch die Bündelung und das Bereitstellen von Plattformen zur Darstellung (z.B. auf der Homepage der Kommune) und die Durchführung regionaler Märkte unterstützen. Bei der Beschaffung der Nahrungsmittel für interne und externe Veranstaltungen und Empfänger sollen regionale und fair gehandelte Produkte verwendet und beworben werden.

2. Ökologische und soziale Beschaffung als Standard einführen

Das betrifft in den kommunalen Verwaltungen und Eigenbetrieben Produkte wie Arbeits- und Berufskleidung, Pflaster- und Natursteine, Büromöbel, Holz und Baumaterialien ebenso wie florale Dekorationsartikel, Papier- und Büromaterialien, Informations- und Kommunikationstechnologie, u.v.m.

3. Stadtgärten unterstützen

In vielen Städten mangelt es an Grünflächen und der finanzielle und personelle Aufwand für die Pflege von Grünflächen nimmt ständig zu. Gleichzeitig möchten viele Menschen sich im Freien betätigen und ihre Lebensmittel wieder selbst

erzeugen. Stadt- und Kleingärten sowie Urban Gardening-Projekte bieten hierfür eine Chance und müssen finanziell unterstützt werden. Glyphosate, Herbizide, Neonicotinoide und vieles andere mehr sollen weder auf kommunalen Flächen noch in Kleingärten verwendet werden.

4. Mehr Fair-Trade-Städte in Sachsen

Fairer Handel ist ein wichtiges Instrument, um mehr Gerechtigkeit und Transparenz im internationalen Handel zu schaffen. Vor Ort bieten sich viele Gelegenheiten auf Fair-Trade-Produkte zu setzen, sei es im Rathaus, in öffentlichen Kantinen, Cafés, Sportvereinen oder im Lebensmittel-Einzelhandel. In Deutschland sind inzwischen mehr als 500 Städte Mitglied im Fair-Trade-Town-Netzwerk. Auch einige sächsische Städte wie Leipzig, Dresden, Freiberg und Markkleeberg sind schon Fair-Trade-Stadt und wir GRÜNEN wollen, dass diesen Titel noch mehr Kommunen erhalten.

Bildung ist Menschenrecht

Gerechte Bildung und Chancengleichheit!

Bildung ist die zentrale Gerechtigkeitsfrage für die Zukunft unserer Gesellschaft, deshalb haben Investitionen in Bildung für uns Priorität. Gute Bildung eröffnet Menschen in jedem Lebensalter eine Vielfalt von Möglichkeiten und Perspektiven. Wir GRÜNEN wollen allen Bürger*innen den Zugang zu bester Bildung ermöglichen. Wir wollen Ganztagsschulen ausbauen, damit die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht vor der Schultür endet. Mehr Raum und Zeit für gemeinsames Lernen und Leben tut Kindern gut und fördert sie in ihrer Entwicklung. Dafür bedarf es aber auch der entsprechenden Räume. Hier darf sich das Land nicht aus der Verantwortung ziehen und muss die Kommunen beim Schulhaus- und Kindertagesstättenbau weiter unterstützen.

Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

1. Auf den Anfang kommt es an

Kita- und Hortplätze sollen besser finanziert werden, um den Betreuungsschlüssel senken zu können. Dadurch können Erzieher*innen weniger Kinder betreuen und ihnen mehr Bildung ermöglichen.

Wir wissen, dass die ersten Jahre für die Entwicklung von Kindern entscheidend sind. Aus diesem Grund muss bereits in den Kindertagesstätten die Lust am Lernen und die Neugier der Kinder geweckt werden. Wir möchten Kindertagesstätten in die Lage versetzen, ihrem Bildungsauftrag besser gerecht werden zu können. Spielerisch sollen Kinder dort motorische, sprachliche und soziale Fähigkeiten erlernen.

2. Schulen zu Häusern des Lebens und Lernens machen

Für die Qualität einer Schule ist eine gute Aufenthaltsqualität von Bedeutung. Wir brauchen Schulen, die Lust aufs Lernen machen! Neben einem angenehmen Raumklima sind hierfür eine ausreichende Anzahl an PC-, Aufenthalts- und Fachräumen sowie eine Mensa unverzichtbarer Bestandteil. Schulen können und sollen einen relevanten Beitrag zu Klimaschutz und Ressourcenschonung leisten, insbesondere da sich diese Investitionen langfristig auszahlen.

3. Breites Bildungsangebot vor Ort sichern

Wir GRÜNEN fordern eine Schulentwicklungsplanung, die nahe am Wohnort alle schulischen Bildungsabschlüsse anbietet. Wohnortnahe Bildungseinrichtungen machen eine Gemeinde gerade für Familien attraktiv und schaffen Arbeitsplätze. Dabei setzen wir uns für den Erhalt auch kleiner Grundschulen, Schaffung neuer und Vergrößerung bestehender Berufsakademien als „Duale Hochschulen“ im ländlichen Raum, als auch Hochschulen und Volkshochschulen in Klein- und Mittelstädten ein.

4. Hand in Hand arbeiten

Schulen, Kitas und weitere Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe müssen besser zusammenarbeiten. Durch eine gemeinsame kommunale Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung soll die Kooperation und Vernetzung von Schulverwaltung und Jugendhilfe verbessert werden. Schulsozialarbeit verbessert die Chancen einzelner Schüler*innen. Wir wollen sie daher an jeder Schule etablieren.

5. Gesundes und leckeres Essen kostengünstig anbieten

Eine gesunde Ernährung ist Voraussetzung für einen gelungenen Kita- und Schulalltag. Den Kindern soll eine hochwertige, gentechnikfreie, warme Mahlzeit aus möglichst regional und biologisch erzeugten Lebensmitteln angeboten werden. Die Kosten für das Essen müssen in den Kommunen so gestaltet werden, dass niemand wegen seines finanziellen Status von dieser Verpflegung ausgeschlossen wird.

6. Dem Analphabethentum den Kampf ansagen

6. Alphabetisierung stärken

Der Anteil der Menschen, die weder lesen noch schreiben können oder sich damit sehr schwertun, ist erschreckend hoch. Dabei bedeutet dies oftmals einen Ausschluss vom öffentlichen Leben. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass an allen Volkshochschulen niedrigschwellige Angebote geschaffen werden, damit jede Frau und jeder Mann eine Chance bekommt, mindestens Grundschulniveau zu erreichen. Dass dies auch viele Migrant*innen einschließt, ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

<u>Das Geld muss dem Menschen zu Gute kommen</u>

Nachhaltige kommunale Finanzpolitik

Solide Finanzen sind wichtig, um auch noch den nachfolgenden Generationen Möglichkeiten zu schaffen, die Zukunft zu gestalten ohne von Schuldenbergen erdrückt zu werden.

Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

1. Gerechter Kommunaler Finanzausgleich

Städte, Gemeinden und Landkreise müssen gerecht und fair über den kommunalen Finanzausgleich bedarfsgerecht finanziert werden. Das Land Sachsen darf sich nicht weiterhin auf Kosten der Kommunen sanieren.

2. Gender-Budgeting

Geschlechtergerechtigkeit wollen wir herstellen, indem wir die Ausgaben im Sinne des Gender-Budgeting danach überprüfen, welchem Geschlecht sie vor allem zu Gute kommen.

3. Transparenz und Bürgerbeteiligung

Die wirtschaftlichen Beteiligungen unserer Kommunen wollen wir transparenter machen und die Beteiligung der Bürger*innen bei der Erstellung des Haushalts über Bürgeranträge und -haushalte in kleinen Ortschaften flächendeckend ermöglichen.

Alle Menschen sollen mitmachen können

Bürger*innen-Beteiligung, Transparenz und Engagement stärken!

Ohne engagierte Menschen, ohne Initiativen vor Ort und ohne ein demokratisches Miteinander wären unsere Kommunen nicht das, was sie sind: lebendig und lebenswert. Wir GRÜNEN sind selbst aus Bürger*innen-Initiativen entstanden, für uns hat der Austausch mit Initiativen eine hohe Bedeutung. Demokratie lebt vom aktiven Einmischen – auch und gerade in den Kommunen. Kommunalpolitik muss deshalb transparenter und beteiligungsorientierter werden. Jede und jeder muss die Möglichkeit haben, sich in politische Prozesse einzubringen, unabhängig von Geschlecht, Alter, sexueller Identität, Behinderung oder Herkunft. Dazu gehört, dass sich kommunale Vertreter*innen gezielt gegen jede Form von Ausgrenzung wenden. Nazis haben in unseren Kommunen keinen Raum.

Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

1. Bürger*innen-Information: transparent und verständlich

Beteiligung setzt einen Meinungsbildungsprozess voraus, hierfür ist eine umfangreiche Informationsgrundlage die wesentliche Voraussetzung. Dafür muss Kommunalpolitik allerdings nachvollziehbar für die Bürgerinnen und Bürger sein. Wir wollen eine transparente Verwaltung, deren Daten und Informationen offengelegt werden. Nur so sind die Leistungen der Verwaltung für alle Bürger*innen nachvollziehbar und die Akzeptanz für Verwaltungshandeln wird gesteigert. Sitzungen der Räte und Ausschüsse auf allen kommunalen Ebenen sollen nur in besonderen Ausnahmefällen nichtöffentlich tagen und auch via Live-Stream im Internet übertragen werden können. Vorlagen und Beschlüsse kommunaler Gremien müssen in verständlicher Art und Weise – nicht nur für Ratsmitglieder – dokumentiert werden und für alle zugänglich sein. Ratsinformationssysteme müssen zu verständlichen Bürger*innen-Informationssystemen weiterentwickelt werden.

2. Beteiligung stärken

Politik muss sich stärker für informelle Beteiligungsformen wie Mediationsverfahren, Bürger*innen-Kongresse, Dialogforen, dialogorientierte Einwohner*innen-Versammlungen, Schlichtungs- oder Fachgespräche öffnen. Beteiligungsverfahren müssen aber auch gut konzipiert und ernsthaft durchgeführt werden. Daher setzen wir uns in den kommunalen Räten dafür ein, dass Qualitätskriterien für gute Bürgerbeteiligung verabschiedet werden. Bürger*innen wollen sich aber nicht nur beteiligen, sie wollen auch mitentscheiden. Daher sind wir GRÜNEN gerade auf kommunaler Ebene offen für mehr direkte Demokratie: Bei Entscheidungen von großer Tragweite möchten wir verstärkt auf das Instrument des Bürgerbegehrens zurückgreifen. Damit geben gewählte Kommunalpolitiker*innen keine Verantwortung ab, vielmehr wird damit die politische Kultur vor Ort bereichert. Menschen diskutierten und entscheiden somit auch zwischen den Wahlen, wohin es mit ihrer Kommune geht. Auf Landesebene setzen wir uns seit Langem für eine Absenkung der Quoten von Bürgerentscheiden und -begehren.

3. Beteiligung von Anfang an

Kinder und Jugendliche müssen mit unseren Entscheidungen von heute in Zukunft leben, daher fordern wir eine stärkere Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Entscheidungen. Hier eignen sich verschiedene Formen der Kinder- und Jugendbeteiligung wie Jugendparlamente, Kinder- und Jugendversammlungen oder ein fester Tagesordnungspunkt im Jugendhilfeausschuss, bei dem ihre Belange vorgetragen werden können. Diese Beteiligung muss von allen ernst genommen werden: Beschlüsse der Jugendparlamente müssen Konsequenzen in den kommunalen Räten haben. Außerdem sollen Kinder und Jugendliche in ihren Gremien über ein eigenes Budget verfügen können. Bei Entscheidungen der Schulentwicklung wollen wir gezielt die lokale Schüler*innen-Vertretungen einbeziehen.

4. Kampf gegen Rechtsextremismus: Keine Toleranz für Intoleranz

Wir GRÜNEN nutzen vor Ort alle Möglichkeiten, um den Kampf gegen Rechtspopulismus und menschenfeindliche Einstellungen fortzuführen und zu gewinnen. Dazu gehört die Prüfung aller rechtlichen Möglichkeiten, um (Neo-) Nazi-Veranstaltungen, -Demonstrationen oder -Konzerte zu verhindern. Wir bieten menschenverachtenden Gedanken keinen Raum. Eine breite Unterstützung der lokalen Bündnisse gegen Rechtsextremismus und ein gezieltes Eintreten und Handeln gegen jede Form von gruppenbezogenener Menschenfeindlichkeit ist dafür erforderlich. Kommunen dürfen nicht wegschauen, wenn sich vor Ort rechtsextreme Gruppierungen breit machen. Menschenfeindlicher Gesinnung muss immer mit Wachsamkeit und Präventionsarbeit begegnet werden.

5. Ehrenamtliches Engagement unterstützen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine Kommune, die die Menschen unterstützt, aktiviert und für sie da ist. Wir haben dabei größten Respekt vor all den Menschen, die in den Vereinen, bei der Feuerwehr und Rettungsdiensten, in Umwelt- und Naturschutzverbänden sowie in kommunalen Gremien ihre Zeit der Gesellschaft widmen. Um dieses wichtige ehrenamtliches Engagement zu unterstützen, muss mehr Augenmerk auf der Vereinbarkeit von Ehrenamt mit Ausbildung, Beruf und Familie liegen. Kommunale Räte, welche schließlich ebenso im Ehrenamt arbeiten, müssen angemessene Aufwandsentschädigungen erhalten. Dazu müssen den Fraktionen Personalbudgets zur Verfügung gestellt werden, um im ungleichen Kampf mit Verwaltungen ein wenig Chancengleichheit herzustellen.

Mensch geht's uns gut!

Die Kommune ist für Alle da!

Wir GRÜNEN wollen allen Menschen eine angemessene Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Ein großer Teil der Bevölkerung ist von Armut betroffen oder bedroht, am stärksten Alleinerziehende und Kinder. Wir wollen Armut bekämpfen: Dazu brauchen die Menschen ein existenzsicherndes Einkommen, Bildung und Gesundheitsversorgung. Alle Menschen bedürfen der gleichen Wertschätzung und Beachtung. Alle müssen in den Kommunen dabei sein und mitmachen können, unabhängig von sozialem Statuts, Einkommen, Geschlecht, Alter, sexueller Identität, Herkunft, Religion oder Behinderung.

Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen und Männer Verantwortung gerecht teilen. Frauen stellen die Hälfte der Bevölkerung und sind derzeit in unseren Kommunalparlamenten unterrepräsentiert, obwohl die dort getroffenen

Entscheidungen auch ihr unmittelbares Lebensumfeld betreffen. Wir wollen durch Gender-Mainstreaming und gezielte Frauenförderung in den Kommunen dazu beitragen, Geschlechtergerechtigkeit herzustellen. Es gilt dabei natürlich auch, Frauen zu bewegen, sich verstärkt zur Wahl zu stellen, worin wir sie unterstützen wollen.

Menschen mit Erziehungs- und Pflegeaufgaben haben das Recht auf eine familienfreundliche Gestaltung von Sitzungen und Gremien in der Gemeinde. Jugendliche wollen wir in stärkerem Maße als bisher – auch in institutionalisierter Form – in kommunalpolitische Entscheidungen einbinden. Unser Ziel bleibt es, das kommunale Wahlrecht ab 16 Jahren einzuführen.

Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

1. Geschlechtergerechtigkeit vor Ort umsetzen

Wir GRÜNEN setzen uns für gleiche Rechte und gleiche Chancen für alle Frauen und Männer ein. Darum wollen wir mehr Frauen in den Räten. Wir GRÜNEN wollen auf unseren Listen 50 % Frauen und 50 % Männer. Nur das ist gerecht und zielführend.

Durch eine konsequente Gleichstellungspolitik, Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting können die Kommunen dazu beitragen, Geschlechtergerechtigkeit herzustellen. Wir GRÜNEN stehen für gezielte Frauenförderung auf der kommunalen Ebene und fordern die finanzielle Sicherstellung von wichtigen Anlaufstellen für Frauen in Notsituationen (Frauenhäuser, Frauennotrufe etc.) sowie die verstärkte Unterstützung der Gleichstellungsbeauftragten vor Ort.

2. Stadtteile und Dörfer mit und für Menschen entwickeln

Wir wollen, das Menschen in den Gemeinden oder ortsnah alles haben, was sie zum Leben und zum gesellschaftlichen Miteinander brauchen: bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum, Versorgungsmöglichkeiten, Treffpunkte, soziale und kulturelle Angebote, Gesundheits- und pflegerische Versorgung, Mobilitätsangebote usw. Besonders gilt dies für Menschen mit Behinderungen oder Unterstützungsbedarf. Wir wollen Räume und Plätze schaffen bzw. ausbauen, an denen Generationen sich begegnen können. Mehrgenerationen-Häuser müssen in ihrer Existenz gesichert bzw. neue aufgebaut werden. Vielfältige Wohnformen für Menschen mit und ohne Unterstützungsbedarf, wie z.B. Mehrgenerationen-Wohnen und Alten-Wohngemeinschaften sollten überall selbstverständlich sein.

3. Kommunale Vorbildfunktionen nutzen

Der kommunale öffentliche Dienst muss als Arbeitgeber eine Vorbildfunktion für die Privatwirtschaft ausüben. Neben Arbeitszeitmodellen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Besetzung von Führungspositionen mit Frauen und der Einstellung von Langzeitarbeitslosen oder Menschen mit Behinderungen, zählt die Tarifbindung von kommunalen Gesellschaften. Die Gründung von Personalservicegesellschaften zur Umgehung von Tarifverträgen lehnen wir ab.

Kommunen und kommunale Gesellschaften sollen bei allen öffentlichen Vergaben die ILO-Kernarbeitsnormen und das Landestariftreuegesetz berücksichtigen.

4. Räume für Jugendliche schaffen

Jugendliche brauchen Treffpunkte, öffentliche Plätze und Räume. Möglichst selbst verwaltete Jugendzentren gehören in die Mitte der Kommune und dürfen nicht an

den Rand gedrängt werden. Im ländlichen Raum wollen wir die Einrichtung von dörflichen Jugendräumen fördern und die mobile Jugendsozialarbeit stärken.

5. Lokale Aktionspläne gegen Armut entwickeln

Immer mehr Menschen, insbesondere Kinder und Jugendliche sind arm oder armutsgefährdet. Wir wollen, dass in den Kreisen und kreisfreien Städten regelmäßig Armuts- und Reichtumsberichte mit dem Ziel erstellt werden, lokale Aktionsprogramme gegen Armut zu entwickeln. Kern jeder Armutsbekämpfung ist die Sicherstellung eines ausreichenden Einkommens. Finanzielle Sicherheit ist ein Menschenrecht. Die betreuenden Behörden müssen zu einem wertschätzenden Umgang und fördernder Unterstützung der Leistungsberechtigten verpflichtet werden. Mögliche Unterstützungsleistungen müssen den Personen aktiv angeboten werden, die durch Anträge im bestehenden Angebotsdschungel überfordert sind. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommunen in den Jobcentern auf eine großzügige und nicht auf kleinliche Sanktionsregelung hinwirken. Menschen, die als Langzeitarbeitslose am Rande der Gesellschaft stehen, sollten nicht zusätzlich einem unangemessenen Sanktionsdruck ausgesetzt werden. Neben der materiellen Unterstützung erfordert Armutsbekämpfung auch den optimalen Einsatz von Sozialarbeit, Beratungsleistungen und Förderprogrammen. Leicht zugängliche medizinische Versorgung in einer einladenden Umgebung sowie passende Bildungs- und Präventionsangebote bilden die notwendige Grundlage, damit Armut sich nicht verfestigt und Menschen ihre Stärken erkennen und nutzen können. Wir setzen uns für die Einführung von Sozialpässen für einkommensschwache Menschen ein. Diese sollen so gestaltet sein, dass sie nicht zu einer Stigmatisierung der Nutzer*innen führen und eine vergünstigte Nutzung des ÖPNVs sowie öffentlicher und privater Einrichtungen im Bildungs-, Freizeit-, Sport- und Kulturbereich ermöglichen. Kommunen können viel dazu beitragen, dass Armut zwangsläufig bedeutet, am gesellschaftlichen Leben nicht teilhaben zu können.

6. Inklusion von Anfang an

Menschen mit Behinderungen gehören dazu, mitten drin in der Gemeinde, in der Stadt und im Dorf. Deshalb setzen wir GRÜNEN uns für die Erstellung von kommunalen Aktionsplänen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein. Wir wollen mehr Beiräte und Beauftragte für Menschen mit Behinderungen in den Kommunen, damit die Expert*innen in eigenen Angelegenheiten eine starke Interessenvertretung zur Gestaltung von Teilhabe, Selbstbestimmung und Barrierefreiheit direkt vor Ort haben.

<u>Mensch, mach mal lauter!</u>

<u>Mensch, sei aktiv!</u>

Vielfältige Angebote in Kultur und Sport für alle

Kultur darf kein Luxus sein! Wir streben stattdessen eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an einem breit gefächerten kulturellen Angebot an. Kulturförderung ist auch eine Investition in die Zukunftsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden. Die kulturelle Infrastruktur mit Theatern, Festivals, Museen, Musikschulen, Kunstschulen, soziokulturellen Zentren, Bibliotheken und anderen kulturellen Initiativen dürfen bei Finanznot der Kommunen nicht auf dem Prüfstand stehen.

Sportvereine sind ebenso wie der nicht organisierte Breitensport gesellschaftlich unverzichtbar und bedürfen daher einer verlässlichen kommunalen Förderung. Hinzu kommt eine geringer werdende Bindung der Menschen an Vereine. Dem gesellschaftlichen Wandel müssen wir mit frei zugänglichen Sport-, Spiel- und Bewegungsräumen für Jung und Alt Rechnung tragen. Eine Sportstättenkonzeption, an der alle relevanten Akteur*innen beteiligt werden, kann bei der Bewältigung der Zukunftsprobleme helfen.

Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

1. Kulturelles Engagement stärken und Freiräume für Kreative eröffnen

So wichtiges es ist, die bestehenden Kultureinrichtungen zu erhalten und Mitarbeiter*innen fair zu bezahlen, so wichtig ist es für die Weiterentwicklung unserer kulturellen Infrastruktur, Freiräume für neue künstlerische Wege, Organisations- und Teilhabeformen zu ermöglichen. Deshalb wollen wir die Projektförderung, die Beratung und Unterstützung für kulturell Engagierte und neue kulturelle Initiativen ausbauen. Kreative und Kulturschaffende soll der Aufbau von eigenen Strukturen, Arbeits- und Präsentationsräumen ermöglicht werden.

2. Kulturelle Bildung stärken - Zusammenarbeit mit Schulen

Wir wollen kulturelle Bildung für alle, insbesondere für Kinder und junge Menschen mit verschiedenen sozialen Hintergründen, ermöglichen. Denn dies ist eine der Schlüsselkompetenzen, um an der Gesellschaft teilhaben zu können. Deshalb wollen wir beispielsweise Museumspädagogik und Leseförderung, Musik- und Kunstschulen stärken und die Zusammenarbeit von Trägern und Initiativen mit den Schulen verbessern.

3. Interkulturelle Arbeit und Ausrichtung von Einrichtungen

Kultur kann einen wichtigen Beitrag zur Integration und interkulturellen Verständigung leisten. Wir wollen Kunst- und Kulturprojekte, die von und für Migrant*innen gestaltet werden sowie Weiterbildungsangebote für Kulturschaffende zur Stärkung interkultureller Kompetenzen stärker fördern.

<u>Hier bin ich Mensch – hier darf ich`s sein</u>

Vielfalt und Weltoffenheit in der Kommune stärken

Integrationspolitik vor Ort ist eine Schlüsselaufgabe für die Zukunft. Hier stehen die Kommunen vor großen Herausforderungen. Integrationspolitik darf sich nicht ausschließlich auf das Staatsbürgerschaftsrecht und Sprachkurse reduzieren, sondern muss in allen Bereichen mitbedacht werden. Dabei gilt es, nicht über, sondern mit Migrant*innen und Geflüchteten zu sprechen. Ein wichtiger Baustein dafür ist, Migranten-Beiräte in ihrer Arbeit aktiv zu unterstützen.

Wir fordern die Entwicklung und Umsetzung kommunaler Integrationskonzepte. Diese sollen im Dialog mit den Beiräten für Migration und Integration, den Migrant*innen-Vereinen, den Wohlfahrtsorganisationen und den Träger*innen interkultureller und sozialer Projekte entwickelt werden. Wir setzen uns für das kommunale Wahlrecht auch für Nicht-EU-Staatsbürger*innen ein.

Wir alle tragen in der Kommunalpolitik die Verantwortung für Weltoffenheit, Vielfalt und Toleranz, damit Diskriminierung und Ausgrenzung von Mitbürger*innen in unserem Gemeinwesen keine Chance haben. Die lokalen Initiativen und Bündnisse gegen Rechtsextremismus benötigen größtmögliche Unterstützung. Wir GRÜNEN fordern ein offensives Auftreten der Kommunen gegen jede Form von Rassismus und rechtsextreme Tendenzen.

Wir wenden uns gleichzeitig gegen integrationswidrige und extremistische Verhaltensweisen wie Islamismus, Frauenfeindlichkeit oder Gewalt als Mittel der Konfliktlösung.

Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

1. Arbeit der Migranten-Beiräte unterstützen

Durch aktive Mitarbeit in den Migranten-Beiräten können wir uns für die gesellschaftliche Integration von Migrant*innen einsetzen und kommunale interkulturelle Projekte anstoßen.

2. Für Ausländerbehörden mit Willkommenskultur

Die Ausländerbehörden sind wichtige Anlaufstellen für Migrant*innen und Geflüchtete in den Kommunen. Wir wollen eine neue Willkommenskultur in den Ausländerbehörden etablieren, die Migrant*innen und Flüchtlinge nicht als Bittsteller, sondern als Neu-Mitglieder unserer Gesellschaft begreift. Spezielle Schulungen können Verwaltungsmitarbeiter*innen die erforderlichen Kompetenzen für eine migrationsspezifische Beratung vermitteln. Dabei spielen Elemente aus interkulturellen Trainings ein wichtige Rolle. Mitarbeiter*innen in den kommunalen Behörden müssen auf Dolmetscher*innen zurückgreifen können.

3. Flüchtlinge willkommen heißen

Eine positive Willkommenskultur zeigt sich auch an der Art der Unterbringung. Darauf haben wir vor Ort Einfluss, können Kommunen bei der Suche nach geeigneten Immobilien unterstützen und deren Gestaltung positiv beeinflussen. Mit aktiver Unterstützung der Nachbarn wird das Einleben erleichtert sowie sprachliche und andere Schwierigkeiten am schnellsten überwunden. Oft ist es gerade die Hilfe von ehemaligen Geflüchteten und Einwanderern, die hier beste Hilfe leisten. Dies ist durch Kommunen zu unterstützen und zu fördern. Durch Unterstützung bei der Jobsuche wird Geflüchteten geholfen, eine selbstbestimmte Existenz aufzubauen.

4. Diversity-Gedanken stärken

Kommunale Verwaltungen und Unternehmen sind ein großer Arbeitgeber in Sachsen und sollten mit gutem Beispiel voran gehen. Diversity-Management macht dabei die positiven Aspekte, die sich durch die konstruktive Nutzung sozialer Vielfalt auf dem Arbeitsmarkt ergeben, in den Betrieben und Verwaltungen zum Thema und versucht sie für den Unternehmenserfolg nutzbar zu machen. Ziel ist nicht nur die individuelle Verschiedenheit im Sinne einer positiven Wertschätzung besonders hervorzuheben, sondern auch eine produktive Gesamtatmosphäre im Unternehmen zu erreichen, soziale Diskriminierungen von Minderheiten zu verhindern und die Chancengleichheit zu verbessern.

Mensch, das macht mich nicht krank

Gesundheit nachhaltig fördern

In der medizinischen Versorgung brauchen wir einen Kulturwandel, in dem der Mensch als Sozialwesen im Mittelpunkt der Gesundheitspolitik steht. GRÜNE Gesundheitspolitik zielt auf eine ganzheitliche Betrachtung der Lebensqualität der Menschen - orientiert am Ansatz der präventiven Gesunderhaltung und der Förderung eines gesunden Lebensstils. Einer voranschreitenden Ökonomisierung des Gesundheitswesens müssen wir ein ganzheitliches und nachhaltiges Gesundheitskonzept von der Prävention über Bildung in Kindergärten, gesunde Ernährung, psychosoziale Betreuung bis zur Pflege und Sterbebegleitung anbieten. Das Patient*innen-Interesse muss im Mittelpunkt der Versorgung stehen und die Strukturen am Ziel eines maximalen Nutzens für Patient*innen ausgerichtet werden.

Aus dieser Zielvorgabe entwickeln sich die weiteren Maßnahmen zum qualitativ effizienten Umgang mit Ressourcen. Jede/r Bürger*in hat einen Anspruch und das Recht auf gesunde Entwicklung (auch im Alter), Gesundheitsförderung durch Stärkung vorhandener Ressourcen, eine gesunde Umwelt und einen gesunden Arbeitsplatz.

Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

1. Prävention

Auf kommunaler Ebene muss Prävention und das Bewusstsein für die eigene (psychische) Gesundheit einen höheren und verbindlicheren Stellenwert bekommen. Kinder müssen schon frühzeitig in der Familie, in Kitas und Schulen eine Gesundheitsschulung vermittelt bekommen.

2. Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum

Angesichts der Versorgungslücken in ländlichen und strukturschwachen Regionen sind neue nachhaltige Strukturen in der medizinischen Versorgung zu entwickeln, die eine wohnortnahe Versorgung nach hausärztlichen und fachärztlichen Gesichtspunkten sichern. Eine sozialraumorientierte Versorgung kann durch neu zu schaffende Versorgungspraxen, wie medizinische Versorgungszentren, die von verschiedenen Ärzten sowie Psychotherapeuten genutzt werden können, sowie der Übernahme einiger ärztlichen Tätigkeiten durch andere Heilmittelbringer und Versorgungsassistent*innen in der Hausarztpraxis erreicht werden. Dadurch ist den Bürgern auch ein Mindestmaß an Arztwahl möglich. Unterstützend kann die Telemedizin, vor allem in ländlichen Regionen, eingesetzt werden.

3. Krankenhausversorgung in der Fläche

Für die medizinische Versorgung im ländlichen Raum muss den Krankenhäusern die Möglichkeit geboten werden, mehr Patient*innen und Krankheiten, auch ambulant oder teilstationär, zu behandeln. Diese Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante Versorgung soll keine Schwächung des ambulanten Sektors (vor allem im Bereich der Fachärzte) zum Ziel haben, sondern das Potential stationsersetzender Leistungserbringung im Gesundheitswesen ausschöpfen. Die Krankenhausverteilung in der Fläche muss die Grundversorgung und die zeitliche Erreichbarkeit vom Wohnort aus gewährleisten.

4. Psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung

Die seit Jahren kritisierte Unterversorgung in der psychiatrischen Versorgung der Bevölkerung ist durch eine Neuberechnung der Bedarfsplanung zu beheben.

Der Ausbau von Plätzen für betreutes Wohnen ist dem weiteren Ausbau von Heimplätzen vorzuziehen. Inklusion und ein Leben in normalen Arbeitsbezügen und Nachbarschaften muss in größerem Umfang außerhalb von Sondereinrichtungen ermöglicht werden. Ambulante Behandlung muss vor stationärer Behandlung stehen. Der Ausbau wohnortnaher Krisendienste, an die sich Betroffene und deren Angehörige wenden können, ist zwingend erforderlich. Zwischen Fachkliniken und der Gemeindepsychiatrie sind Verbundkooperationen zu fördern.

Menschen den Weg in die Zukunft ebnen

Digitalisierung für Alle

Immer noch ist Deutschland und auch Sachsen in Bereich der Digitalisierung Entwicklungsland. Egal ob Breitbandausbau, Handyempfang oder E-Government – Ländern wie Finnland oder Estland hängen wir weit hinter. Selbst einige Entwicklungsländer haben besser Netzabdeckungen als Sachsen. Hier ist noch viel zu tun, um den Menschen eine adäquate Teilhabe an der digitalisierten Welt zu ermöglichen und die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Gleichzeitig müssen wir die Herausforderungen und die Vorbehalte der Menschen in einer digitalisierten Welt ernst nehmen und sie in die neue Zeit mitnehmen.

Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

1. Breitbandausbau

Eine angemessene Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen ist überall, insbesondere aber auch in ländlichen Regionen ein wichtiges Thema. Dort wo der Markt versagt, müssen die Kommunen tätig werden und alle Möglichkeiten nutzen können. Landesweite Beratungsangebote und Förderprogramme des Landes und Bundes können genutzt und durch interkommunale Zusammenarbeit eine bessere Versorgung hergestellt werden. Wir GRÜNEN setzen uns in kommunalen Gremien dafür ein, dass die digitale Teilhabe auch in ländlichen Regionen besser wird.

2. Freies WLAN

Wir GRÜNEN unterstützen Initiativen für freies WLAN in den Kommunen und Landkreisen. Egal ob Freifunk oder von der Kommune bereitgestellte Netze – WLAN ist heutzutage genauso wie Breitband einen Grundvoraussetzung für digitale Teilhabe und den Wirtschaftsstandort Sachsen.

3. E-Government

Kommunale Behörden sollen und müssen in der Zukunft ankommen. Egal ob Anträge an Behörden, Auskunfts-Ersuchen, Terminvergaben oder Informationsvermittlung – es gibt unzählige Bereiche in denen Behörden mit digitalen Angeboten mehr Service und mehr Bürgernähe für die Menschen erreichen können. Wir GRÜNE fordern die konsequente Umsetzung von E-Government-Angeboten in den Kommunen. Nur so können die Potenziale für Bürokratiekosten-Entlastung und bürgerfreundlichen Zugang zu staatlichen Dienstleistungen gehoben und die Entwicklung innovativer und barrierefreier Anwendungen ermöglicht werden.

4. Medienpädagogische Angebote

Nicht nur in den Schulen müssen die Voraussetzungen für das Erlernen neuer digitaler Techniken geschaffen werden. Auch die Vermittlung der sachgerechten Benutzung digitaler Anwendungen ist uns GRÜNEN ein Anliegen. Medienpädagogische

Angebote in und außerhalb der Schule spielen dabei eine entscheidende Rolle. Darüber hinaus muss auch den Vorbehalten der älteren Generation gegenüber der Digitalisierung mit entsprechenden Bildungsangeboten an den Volkshochschulen begegnet werden.

No prosze! Haló!

Den europäischen Gedanken vor Ort sichtbar machen

Das europäische Projekt hat zu einer Vielzahl von Errungenschaften von unschätzbarem Wert beigetragen, welches unbedingt unserer weiteren tatkräftigen Unterstützung bedarf. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, durch fortwährende Aufklärung vor Ort, immer wieder auf den Wert und die Bedeutung des zusammenwachsenden Europas hinzuweisen. Denn viele lokale umwelt- und verkehrspolitische Erfolge wie effektiver Lärmschutz, die Ausweisung von europäischen Schutzgebieten, die verbindliche Aufstellung von Luftreinhalteplänen oder die Verbesserung der Qualität unserer Flüsse und Gewässer sind erst aufgrund europäischer Entscheidungen möglich geworden.

Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

1. Für den European Energy Award werben

Die Energiewende muss vor Ort stattfinden und kann nur gelingen, wenn sie von allen gemeinschaftlich getragen wird. Dabei sind Bürger*innen genauso gefragt wie die örtlichen Energieversorger. Der European Energy Award wurde auf der Grundlage des Schweizer Programms "Energiestadt" entwickelt. Tragende Säulen sind die Steigerung der Energieeffizienz und die Förderung Erneuerbarer Energien in der Kommune.

2. Kooperationen und Vernetzungen aufbauen

Die Bedürfnisse und Anforderungen von Kommunen und Regionen müssen in Europa mehr Gehör erhalten. Deshalb wollen wir GRÜNEN neue Kooperationen und Vernetzungen auf kommunaler und regionaler Ebene schaffen und bestehende stärken. Wegen unserer geografischen Lage müssen diese Kooperationen auch über Landes- und Staatsgrenzen hinweg geschlossen und praktiziert werden.

3. Europäische Fördermittel abrufen

Ob EFRE, ESF oder WiFi4EU: es gibt bis zu 200 Förderprogramme auf europäischer Ebene die von den Kommunen genutzt werden können. Wir setzen uns dafür ein, dass die klammen sächsischen Kommunen möglichst viele Projekte mit europäischen Fördermittel vor Ort umsetzen. Dafür bedarf es einfacher, unbürokratischer Richtlinien. An die Stelle bizarrer Kontrollbürokratie muss eine zielorientierte Vertrauenskultur treten.

Mensch nicht kriminalisieren – Kommunale Sicherheitspolitik

Das Sicherheitsempfinden der Menschen nimmt in den letzten Jahren ab, obwohl sich dies aus den nackten Zahlen der Kriminalitätsstatistiken nicht erklären lässt. Dies hat viel mit der derzeitigen Informationslandschaft zu tun, in der negative Ereignisse viel mehr wahrgenommen werden und ein Gefühl der Unsicherheit hinterlässt. Die Antwort darauf kann aber keine weitere Aufrüstung der unteren Polizeibehörden/ Ordnungsämter oder Überwachung des öffentlichen Raums sein.

Unsere Kernprojekte für die Kommunen:

1. Polizeibehörden abrüsten

Mitarbeiter*innen der Polizeibehörden/ Ordnungsämter sollen den Menschen auf Augenhöhe begegnen. Dafür bedarf es weder Schlagstock, noch Handfesseln, noch Pfefferspray, für deren offensive Anwendung es sowieso keine Rechtsgrundlage gibt. Ein martialisches Auftreten zerstört das Vertrauen der Menschen und schreckt nur noch mehr ab.

2. Keine Verbotszonen

Wir Grünen werden keine Alkoholverbotszonen, Demonstrationsverbotszonen oder anderweitige Sicherheitsbereiche dulden, welche den Menschen ihre Rechte nehmen, sich im öffentlichen Raum regelkonform zum verhalten. Verdrängung von Menschengruppen um Plätze oder Parks „clean“ zu halten oder anlasslose Personenüberprüfungen durchzuführen sind keine Lösung, sondern verlagern die Probleme nur. Durch Verfehlungen Einzelner das Leben aller Menschen einzuschränken, ist einer liberalen, demokratischen Kommune nicht würdig.

3. Videoüberwachung einschränken

Datenschutz und Persönlichkeitsrechte sind ein hohes Gut in einem demokratischen Staatswesen. Massenhafte Überwachung des öffentlichen Raums stört das Sicherheitsempfinden vieler Menschen erheblichen und ebnet den Weg hin zu einem autoritären Überwachungsstaat. Auch verhindern Überwachungskameras keine Straftat. Wir Grünen wollen die Überwachung des öffentlichen Raums soweit wie möglich zurückfahren. Für die Aufklärung von Verbrechen braucht es genügend Personal in den Polizeibehörden und keine flächendeckende Videoüberwachung.

Wir GESTALTEN – für unsere Gemeinde, für unsere Stadt, für unsere Region.

Wir GRÜNEN haben Ideen, wir verlassen ausgetretene Pfade, wir suchen neue Wege. Wir bewahren und gestalten Lebensqualität und menschliches Miteinander für nachhaltige und zukunftsfähige Kommunen in Sachsen. Wir machen ökologische, gerechte und soziale Politik – für die Menschen in Sachsen!